

Islam-Gemeinde Ahmadiyya verklagt Necla Kelek wegen „Sekten“-Vorwurfs



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die sich nach außen so gerne als „modern“, „friedlich“ und „gemäßigt“ gebende Islam-Bewegung Ahmadiyya lässt ihre scheinbar freundliche Maske fallen, wenn man ihnen kritisch auf den Pelz rückt: So verklagen diese Mohammedaner jetzt die Islamkritikerin Necla Kelek, da sie die Ahmadiyya als „Sekte“ bezeichnet, die ihren Status als Körperschaft benutze, um eine „politische Agenda“ zu verfolgen und in ihrer religiösen Praxis „nicht transparent“ sei.

Als „Begründung“ für die Unterlassungsklage, die auf einen vorläufig geschätzten Streitwert von 100.000 Euro festgesetzt wurde, führt der Pressesprecher der Ahmadiyya-Gemeinschaft Mohammad Dawood Majoka an, dass diese wichtige Auseinandersetzung „nicht nur kritisch“, sondern auch „fair“ für beide Seiten stattfinden müsse. Kelek verteidigt ihre Position, da sich die Ahmadiyya zwar gegen den „gewalttätigen Islamismus“ wende, in ihrer Lehre jedoch einen weiterhin „unkritischen Umgang“ mit den „autoritativen Schriften des Islam“ vertrete.

Ende November findet die Islamkonferenz in Berlin statt, bei der sich die Ahmadiyya-Gemeinde als quasi liberale Gruppierung verkaufen möchte. Die Neue Zürcher Zeitung hat erkannt, dass die Ahmadiyya auf Expansion angelegt ist, was ihr 1989 beschlossener Hundert-Moscheen-Plan zeige. Die Umsetzung

schreite rasch voran, wozu die Unterstützung der Politik wichtig sei. Daher wäre „das Label Sekte“ hierbei „geschäftsschädigend“. Noch geschäftsschädigender aber wirke ein Feldzug gegen eine einzelne Intellektuelle.

Eine noch schärfere Kritik hat bereits 2002 die Frankfurter Soziologin Dr. Hiltrud Schröter in ihren zehn Thesen über die Ahmadiyya vorgelegt. Sie bezeichnete diese „religiöse“ Gemeinschaft als islamische „Politreligion“ mit dem Ziel einer „Umwandlung unserer demokratischen Grundordnung in einen islamischen Staat“. Die Ahmadiyya Muslim Jamaat stellte daraufhin eine Strafanzeige. Das folgende Ermittlungsverfahren wurde aber von der Frankfurter Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung eingestellt:

Die Beschuldigte setzt sich in ihrem Thesenpapier „Ahmadiyya-Bewegung des Islam“ in wissenschaftlicher Form mit den Inhalten der Religionsgesellschaft auseinander und zieht – nach Darstellung entsprechender Zitate – unter anderem Parallelen zu nationalsozialistischem Gedankengut beziehungsweise mafiosen Strukturen.

Entgegen der Ansicht des Anzeigerstatters liegt hierin kein „Beschimpfen“ im Sinne von § 166 StGB. Hierfür reicht weder eine ablehnende Haltung noch eine scharfe Kritik aus. (..) Der Beschuldigten geht es, wie in den Texten ohne weiteres erkennbar wird, um eine Auseinandersetzung in der Sache, die auch mit harten Formulierungen geführt werden darf, zumal die Thematik gegenwärtig von besonderem öffentlichen Interesse ist.

Da die Ahmadiyya in Deutschland gegenüber Politikern und Medien extrem viel Kreide fressen, was in völligem Gegensatz zu den knallharten Kampfansagen ihres Gründers und der nachfolgenden Kalifen steht – die erhellenden BPE-Plakate dazu sind in diesem PI NEWS-Artikel über die Gründungsfeier der Ahmadiyya in Erfurt zu sehen – werden sie von den völlig

naiven Regierungsverantwortlichen in Hessen und Hamburg seit 2012 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Dies wurde bisher aus sehr gutem Grund noch keiner islamischen Gemeinde gewährt.

Weltweit hat die Ahmadiyya rund zwölf Millionen Mitglieder und in Deutschland, wo sie seit 1992 aktiv ist, rund 40.000. Ihr 100-Moscheen-Projekt dient der Islamisierung unseres Landes und ist Teil des „Endsieg“-Projektes über alle anderen Religionen. In ihrem Ursprungsland Pakistan werden sie allerdings verfolgt und wurden 1974 von der islamischen Weltliga als „Ungläubige“ verdammt sowie verboten. Grund: Sie verehren im krassen Gegensatz zur islamischen Lehre einen weiteren Propheten, ihren Gründer Mirza Ghulam Ahmad, der von ihnen geradezu als „Messias“ angesehen wird.

Der Ahmadiyya wurde bereits 2014 vorgeworfen, die daraus folgende Asylberechtigung auch betrügerisch zur Geldeinnahmequelle benutzt zu haben, indem sie pakistanischen Moslems empfohlen haben sollen, sich als Ahmadiyya auszugeben, um mit diesem Vorwand nach Deutschland einreisen zu dürfen. Anschließend hätten jene hohe Spendengelder an die Gemeinde abgeben müssen. Der Spiegel veröffentlichte hierzu eine gut recherchierte und höchst entlarvende Reportage.

Diese Ahmadiyya sind meines Erachtens noch gefährlicher als die anderen islamischen Religionsgemeinschaften, da sie offiziell den kriegerischen Dschihad ablehnen, Friedlichkeit vorgeben, sich sozial engagieren wie beim Silvesterputz auf den Straßen und Friedenstauben-Flyer mit dem einlullenden Slogan „Liebe für alle, Hass für keinen“ verteilen. Durch dieses Nebelkerzenwerfen können sie sich ungestört ausbreiten. Dass dieses „Liebe“-Gefasel gegenüber „Ungläubigen“ selbstverständlich in völligem Widerspruch mit dem Koran und dem Treiben des „Propheten“ Mohammed steht, fällt nur Islamkundigen auf, die es in der etablierten Politik und den Mainstream-Medien bekanntlich kaum gibt.

Am 13. November kam ein Ahmadiyya-Vertreter in Erfurt nach der gemeinsamen Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) und „Erfurt zeigt Gesicht“ gegen die Grundsteinlegung der Moschee auf mich zu, worauf wir zu all diesen Widersprüchen ein hochinteressantes Streitgespräch führten:

Für ihre Propaganda setzen die Ahmadiyya professionelles Video-Equipment ein. So fertigte „Muslim TV“ eine aufwendig produzierte Reportage über die Grundsteinlegung an, in deren Zuge sie auch versuchten, Moscheegegner mit salbungsvollen Worten einzuwickeln. Bei faktisch nicht sattelfesten und grenzenlos gutmütigen Bürgern gelang ihnen das sogar. Im Ahmadiyya-Kommentar zu den Gegendemonstrationen heißt es allen Ernstes, dort würde die „friedliche Religion“ Islam für ihre Zwecke „instrumentalisiert“.

Im Bericht ist auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow zu sehen, der in seiner „Fest“-Rede tatsächlich meint, dass für ihn als evangelischen Christen der Islam ein Bestandteil seiner Religion sei, da sich alle auf Abraham beziehen würden. Keiner würde einen rächenden Gott haben. Den Käse sollte er mal Christen erzählen, die gerade in islamischen Ländern als minderwertige und von Allah verfluchte „Ungläubige“ das Messer an der Kehle sitzen haben. Dieser hochgradig naive Traumtänzer – oder eiskalt berechnende Machtpolitiker – hat mit Sicherheit noch nie einen Blick in den Koran geworfen oder die 1400-jährige islamische kriegerische Eroberungsgeschichte zur Kenntnis genommen, sonst würde er solche bescheuerten Sätze nicht von sich geben:

Die Aufklärung über die Gefährlichkeit des Islams stellt den wichtigsten Punkt in der Gesellschaftspolitik dar und ist regelrecht überlebenswichtig für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Leider haben das immer noch viel zu wenige in unserem Land erkannt.

(Kamera: Jörg-Michael Klein)



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.